



antisemitismus  
meldestelle

# Antisemitische Vorfälle 2022 in Österreich



**ANTISEMITISMUS  
MELDEN UND  
BEKÄMPFEN**



**[www.antisemitismus-meldestelle.at](http://www.antisemitismus-meldestelle.at)**

**+43 (1) 531 04-777**

Bei Gefahr in Verzug rufen Sie die Polizei unter 133 und die IKG-Sicherheitszentrale unter +43 (1) 369 85 26.



**antisemitismus  
meldestelle**

**Find us on:**



**[twitter.com/AMeldestelle](https://twitter.com/AMeldestelle)**



**[facebook.com/AMeldestelle](https://facebook.com/AMeldestelle)**

## Inhalt

<b>1. Zusammenfassung</b> .....	<b>4</b>
<b>2. Kommentar</b> .....	<b>6</b>
2. 1. Rückgang des Antisemitismus mit Coronabezug.....	6
2. 2. Weniger Vorfälle, jedoch Höchststand bei Angriffen .....	7
<b>3. Kategorisierung antisemitischer Vorfälle und Beispiele</b> .....	<b>9</b>
3. 1. Angriff .....	9
3. 2. Bedrohung .....	10
3. 3. Sachbeschädigung .....	11
3. 4. Verletzendes Verhalten .....	12
3. 5. Massenzuschriften .....	13
<b>4. Subkategorien</b> .....	<b>15</b>
4. 1. Antisemitismus mit Coronabezug.....	15
4. 2. Israelbezogener Antisemitismus.....	15
4. 3. Antisemitische Verschwörungsmymen .....	16
4. 4. Shoah-Relativierung/-Leugnung.....	16
4. 5. Ideologischer Hintergrund .....	17
<b>5. Methodik</b> .....	<b>18</b>
5. 1. Arbeitsdefinition Antisemitismus .....	18
5. 2. Antisemitismusarbeit auf internationaler Ebene .....	20
5. 3. Blick ins Ausland.....	20
<b>6. Gastkommentare</b> .....	<b>21</b>
6. 1. Bei Antisemitismus gilt: Wer rasch hilft, hilft doppelt.....	21
6. 2. (Un)sichtbarer Antisemitismus.....	22

### Impressum

Herausgeber: Israelitische Kultusgemeinde Wien  
1010 Vienna, Seitenstettengasse 4

Tel. +43/1/531 04-0  
E-Mail: [office@ikg-wien.at](mailto:office@ikg-wien.at)

Wien, 1. Auflage 2023

Der Bericht kann auf [antisemitismus-meldestelle.at](https://www.antisemitismus-meldestelle.at)  
heruntergeladen werden.

Redaktion: Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien  
Layout & Lektorat: IKG Wien

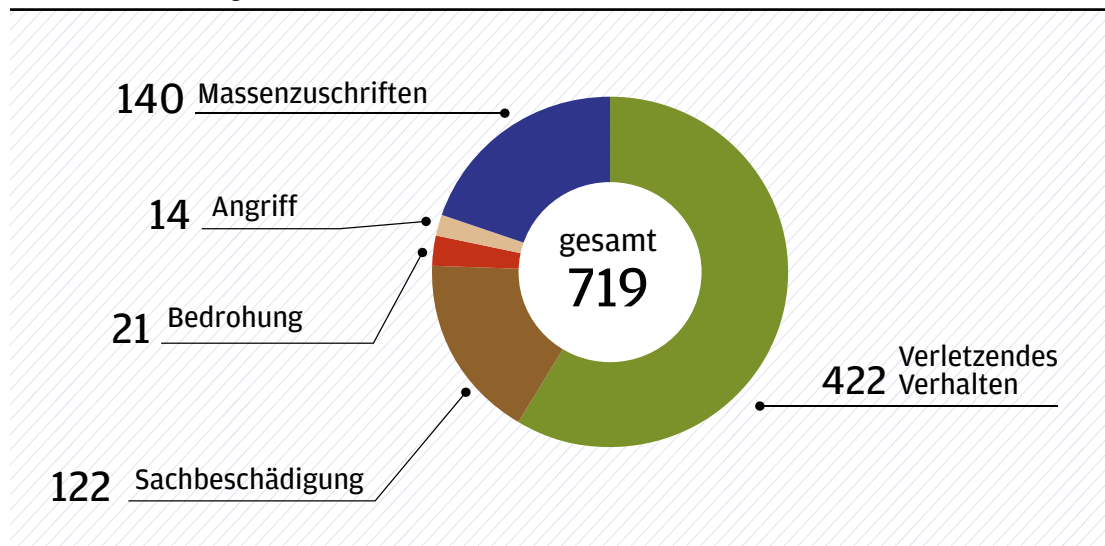
Coverfoto: unsplash/Annie Spratt

## 1. Zusammenfassung

Im Kalenderjahr 2022 wurden der Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) insgesamt 719 antisemitische Vorfälle gemeldet. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr (965 Vorfälle) einem Rückgang um 25,5 %, womit sich die Zahl der Vorfälle zwischen dem Negativrekord von 2021 und den beiden vorangegangenen Jahren (2019: 550; 2020: 585) ungefähr in der Mitte eingependelt hat. Auffällig ist, dass in den quantitativ geringeren, aber physisch besonders bedrohlichen Kategorien (physischer Angriff, Bedrohung, gezielte Sachbeschädigung) die Zahl der Meldungen auf dem hohen Vorjahresniveau geblieben bzw. gestiegen ist.

Dieser Bericht ist keine gesamthafte Darstellung des Antisemitismus in Österreich. Es ist, wie bereits in den Vorjahren, von einer höheren Dunkelziffer auszugehen. Gezählt werden ausschließlich antisemitische Vorfälle, die gemeldet wurden und die bei einer Prüfung durch die Expertinnen und Experten der Antisemitismus-Meldestelle gemäß der IHRA-Definition als eindeutig antisemitisch verifiziert wurden.

Antisemitische Vorfälle (gesamt)



Von den 719 Vorfällen waren:

14 physische Angriffe (2021: 12)

21 Bedrohungen (2021: 22)

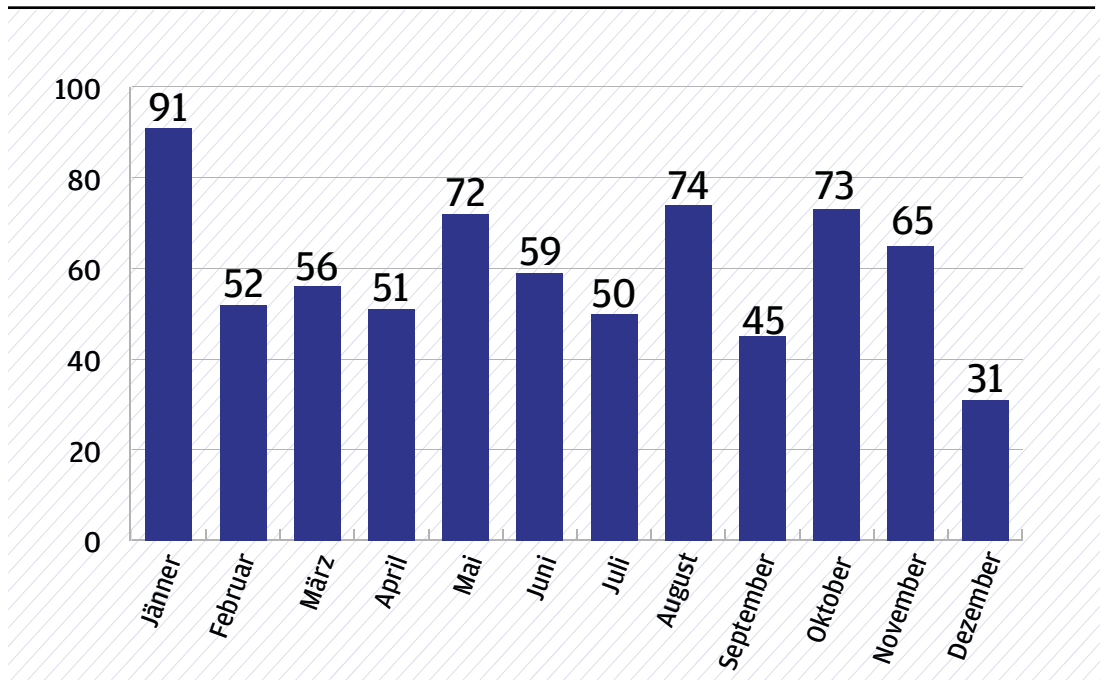
122 Fälle von Sachbeschädigung (2021: 95)

140 Fälle von Massenzuschriften (2021: 261)

422 Fälle von verletzendem Verhalten (2021: 575)

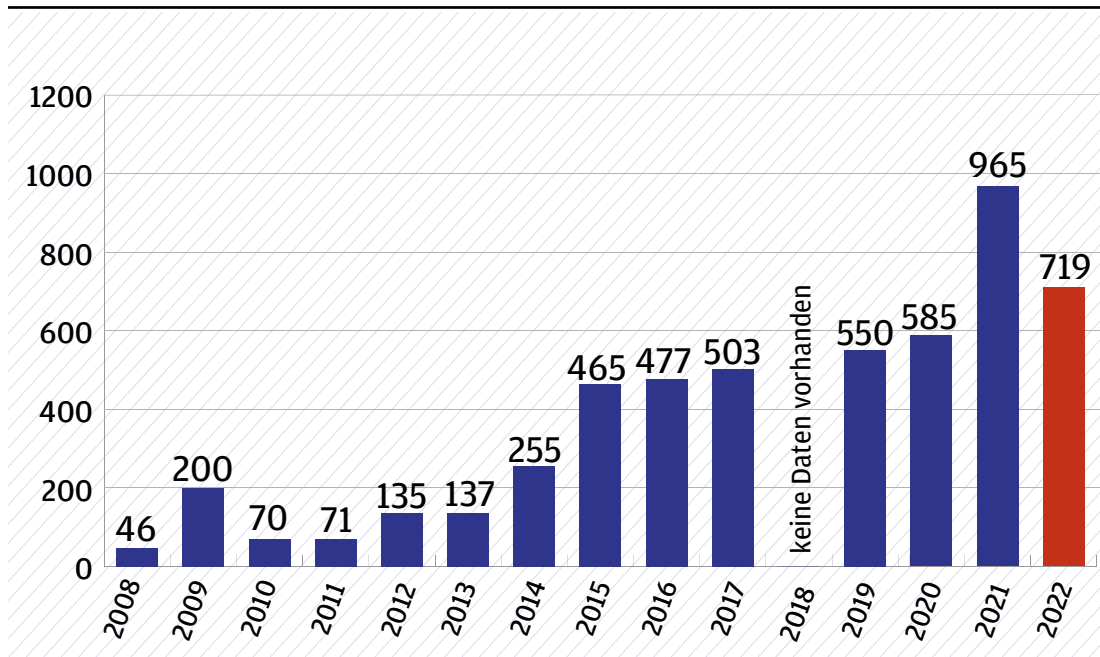
Die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird durch eine anerkannte und über Jahre hinweg in mittlerweile mehreren Ländern etablierte Kategorisierung gewährleistet (siehe Abschnitt „Kategorisierung“, ab Seite 9).

Der bereits im ersten Halbjahr 2022 festgestellte rückläufige Trend im Vergleich zu 2021 setzte sich auch in der zweiten Jahreshälfte fort. Bis auf einen Ausreißer nach oben im Jänner (der letzte Monat, in dem coronabezogener Antisemitismus zum vorläufig letzten Mal eine überdurchschnittlich große Rolle spielte) und nach unten im Dezember bewegten sich die Vorfälle in einer relativ engen Bandbreite zwischen 44 und 74 Vorfällen pro Monat.



Im Gegensatz zu 2021 wurden die meisten Vorfälle nach „persönlicher Wahrnehmung“ gemeldet (284 Fälle), während 212 Fälle in „sozialen Netzwerken“ ihren Ursprung hatten. E-Mails (90 Fälle) waren 2022 häufiger vertreten als Fälle aus dem sonstigen Onlinebereich (83 Fälle). Hier sei daran erinnert, dass sich in Diskussionsforen oder Social-Media-Threads oftmals mehrere, teils dutzende antisemitische Kommentare finden können; sie werden dann dennoch immer nur als ein Vorfall in die Statistik aufgenommen. Antisemitische Briefe wurden 39 Mal gemeldet. Antisemitische Telefonanrufe sind mit fünf, Zeitungsartikel mit zwei Fällen in der Statistik vertreten. Zudem gab es einen gemeldeten Vorfall in einer TV-Sendung.

Verlauf der Meldefälle seit 2008



Verlauf der Zahl der Meldungen (\*kein Bericht für das Jahr 2018)



## 2. Kommentar

In den Monaten Juli bis Dezember setzte sich der bereits im [Halbjahresbericht](#) skizzierte Trend der ersten Jahreshälfte kontinuierlich fort: Nach dem Negativrekord des Jahres 2021 kam es zu einem deutlichen Rückgang der Zahl an gemeldeten antisemitischen Vorfällen; gleichzeitig bestätigt der genauere Blick auf die Zahlen einen besorgniserregenden Trend der ersten sechs Monate, denn insbesondere bei physischen Angriffen und Bedrohungen blieb die Zahl der gemeldeten Vorfälle auf dem hohen Niveau des Vorjahres beziehungsweise übertraf dieses sogar.

### 2. 1. Rückgang des Antisemitismus mit Coronabezug

Eine der besonders zu Beginn der Coronapandemie gehegten Befürchtungen war, dass der sich rasant ausbreitende coronabezogene Antisemitismus zu einer Normalisierung und Verfestigung antijüdischer Ressentiments in breiten Teilen der Gesellschaft führen würde.

„Nach dem Negativrekord des Jahres 2021 kam es zu einem deutlichen Rückgang der Zahl an gemeldeten antisemitischen Vorfällen; gleichzeitig bestätigt der genauere Blick auf die Zahlen einen besorgniserregenden Trend der ersten sechs Monate.“

Als im Frühjahr 2020 Aktivistinnen und Aktivistinnen aus dem rechtsextremen und neonazistischen Milieu sehr schnell neue Spielformen für das besonders anpassungsfähige Phänomen Antisemitismus entwickelten, teils Jahrtausende alte Motive und Versatzstücke aus dem ausgiebigen Fundus der Judenfeindschaft adaptierten, um daraus neue Sujets zu kreieren, war die Sorge vor einem nachhaltigen Anstieg von Antisemitismus groß – und damit zusammenhängend auch die Furcht, oben angesprochene Aktivistinnen könnten den Schwung zu einer Wiederbelebung und Etablierung rechtsextremer und neonazistischer Ideologie und Strukturen nutzen.

Während bereits in den letzten beiden Jahresberichten anhand des Jahresverlaufs festgestellt werden konnte, dass die Intensität dieser Form des Antisemitismus stark mit Pandemieverlauf

beziehungsweise Pandemie- und Impfmaßnahmen korrelierte, so ist analog dazu für das Jahr 2022 ein starker Rückgang des damit ursächlich verbundenen Antisemitismus zu beobachten. Während die Zahlen der Unterkategorie „Antisemitismus mit Coronabezug“ im Jänner noch ein verhältnismäßig hohes Meldeaufkommen widerspiegeln (41 Vorfälle), so erreichten diese außer im unmittelbaren Folgemonat nicht einmal mehr den Bereich der Zweistelligkeit.

Zusätzlich gab es im Justizbereich Bestrebungen, gegen die perfide, strategisch eingesetzte Instrumentalisierung verschiedener Motive der Shoah-Relativierung vorzugehen. Symbolhaft hierfür war die wiederholte Verwendung (online wie auf Demonstrationen) von sogenannten „Judensternen“, gegen die seit Anfang 2022 mehrmals [polizeilich vorgegangen](#) wurde.

Des Weiteren wurde im November eine [Reform des NS-Verbotsgesetzes](#) auf den Weg gebracht, welches nun nicht bloß die „gröbliche“ Verharmlosung der Shoah unter Strafe stellen soll, sondern bereits gegen jegliche Verharmlosung eine rechtliche Handhabe bieten soll.

Da diese Art von Vorfällen meist (aber bei weitem nicht immer) einen rechten ideologischen Hintergrund aufweist (siehe Seite 17), konnte ein starker Rückgang der absoluten Zahl an Vorfällen aus dieser Richtung festgestellt werden (von 461 auf 395, ein Minus von 14,3 %). Da

jedoch die Gesamtzahl an Vorfällen noch stärker sank, steigerte sich deren Anteil um sieben Prozentpunkte von 48 % auf 55 %.

Während die Antisemitismus-Meldestelle somit einen klaren Rückgang der Fallzahlen von „rechts“ beobachten konnte, führten jüngst von jeweils Innen- sowie Justizministerium publizierte Zahlen zu teils widersprüchlichen Erkenntnissen: So weist die [Rechtsextremismusstatistik](#) des Innenministeriums einen Rückgang von 1.053 auf 928 rechtsextreme Straftaten auf (791 dieser Taten wurden als explizit rechtsextrem eingestuft (2021: 819), 51 als rassistisch (66), 33 als antisemitisch (52) und drei als islamfeindlich (9)). Auch die Zahl der Anzeigen nach dem Verbotsgesetz ging demzufolge leicht zurück, und zwar von 998 auf 929.

Auf der anderen Seite registrierte das Justizministerium einen starken Anstieg der Anzeigen nach dem Verbotsgesetz im Jahr 2022 auf 2397 (2021: 2072). Diese und weitere Diskrepanzen hat sich die Plattform [„Stoppt Die Rechten“](#)<sup>1</sup> angesehen.

Anlässlich der Präsentation der [Kriminalstatistik für 2022](#) erklärte Innenminister Gerhard Karner, eine der größten Herausforderungen betreffe *„das Thema ‚Extremismus‘ in allen Erscheinungsformen, wie Rechtsextremismen und neuen Rechten wie den Identitären, es betrifft staatsfeindliche Verbindungen, Staatsverweigerer oder Reichsbürger. Die Zahl der angezeigten strafbaren Handlungen liegt hier zwar auf dem Niveau von 2021, allerdings ist sie höher als vor der Pandemie.“* Weiters seien *„2022 mehr als 660 Personen angezeigt, mehr als 100 Hausdurchsuchungen und 37 Festnahmen durchgeführt worden.“*

Als Antisemitismus-Meldestelle sehen wir die systematische Erfassung und Verarbeitung von Daten als unerlässlichen Grundbaustein in der Analyse und – in weiterer Folge – Bekämpfung von gesamtgesellschaftlich problematischen Phänomenen an. Auf diese Weise gewonnene Erkenntnisse können als Handlungsgrundlage für Stakeholder und Entscheidungsträger in unterschiedlichen Bereichen dienen, besonders in der Politik.

„Als Antisemitismus-Meldestelle sehen wir die systematische Erfassung und Verarbeitung von Daten als unerlässlichen Grundbaustein in der Analyse.“

Daher erklären wir bewusst an mehreren Stellen in unseren Berichten auf transparente Art und Weise, nach welchen Kriterien die Meldestelle ihre Arbeit verrichtet – auch um eine internationale Vergleichbarkeit zu ermöglichen, wie sie im Übrigen auch von Organisationen wie der EU-Grundrechteagentur (FRA) seit jeher mit Nachdruck urged wird.

Vorbildcharakter auf internationaler Ebene hat die im Juni verkündete Kooperation [„GEMEINSAM.SICHER“](#) zwischen der österreichischen Polizei und der jüdischen Gemeinde. Die schon bislang professionelle Zusammenarbeit soll damit auf ein neues Niveau gehoben und das Abbauen von Hemmschwellen auf zahlreichen Ebenen gefördert werden. Weiters soll der Fokus auf einen verbesserten Informationsaustausch und die Antisemitismusprävention gerichtet werden.

## 2. 2. Weniger Vorfälle, jedoch Höchststand bei Angriffen

Im Gegensatz zum erfreulichen Rückgang der Gesamtzahl antisemitischer Vorfälle um rund ein Viertel ist die Anzahl der physischen Angriffe gar angestiegen (14 nach 12 im Jahr 2021).

<sup>1</sup> <https://www.stopptdierechten.at/2023/03/09/rechtsextreme-straftaten-im-blindflug-unterwegs/>

Alarmierend ist dabei die hohe Zahl an Angriffen gegen Kinder und Jugendliche sowie der Umstand, dass bei einem großen Teil dieser Angriffe Kinder und Jugendliche nicht nur Betroffene, sondern auch Täter waren. Bei jedem einzelnen dieser Vorfälle war den Tätern der jüdische Hintergrund der angegriffenen Person bekannt, sei es aufgrund der äußeren Erscheinung beziehungsweise Bekleidung, sei es aufgrund des Umstands, dass man einander aus dem schulischen Bereich persönlich kannte.

Dieses Aufflammen antisemitischer Gewalt von Kindern gegen andere Kinder deckt sich mit einer entsprechenden Beobachtung im Vereinigten Königreich, wo der [CST](#) erstmalig im Jahr 2021 diese Form der Gewalt in seinem [Antisemitismus-Jahresbericht](#) thematisierte.<sup>2</sup> Dort wird auf ein vielfältiges Spektrum an Ursachen verwiesen, vom palästinensisch-israelischen Konflikt bis hin zur Verbreitung extremistischer Inhalte via in dieser Generation beliebten Social-Media-Plattformen.

In diesem Zusammenhang ist das im September 2022 von der Bundesregierung vorgestellte Strategiepapier gegen Antisemitismus an Schulen mit dem Titel [„Prävention von Antisemitismus durch Bildung“](#) sehr zu begrüßen. Unterstützt wird die Umsetzung der Strategie durch [erinnern.at](#), das Holocaust-Education-Programm des OeAD. Eine bedeutsame Rolle im Rahmen der Antisemitismus-Präventionsarbeit kommt auch dem Dialogprojekt [LIK RAT](#) zu, einer Initiative der IKG Wien.<sup>3</sup>

Im Gegensatz zu 2021 wurden keine Angriffe gegen Personen gemeldet, die als jüdisch betrachtet wurden, jedoch nicht jüdisch waren.

---

2 CST - Antisemitic Incidents Report 2022 [cst.org.uk/public/data/file/e/6/CST%20Incidents%20Report%202022.pdf](https://cst.org.uk/public/data/file/e/6/CST%20Incidents%20Report%202022.pdf), S. 5

3 Umsetzungsbericht 2022 - Nationale Strategie gegen Antisemitismus [www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:40c03b24-30d5-495f-b50d-009f4284da96/2\\_bericht\\_nsa\\_2022\\_nb.pdf](https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:40c03b24-30d5-495f-b50d-009f4284da96/2_bericht_nsa_2022_nb.pdf), S. 58, 66 sowie 80.



### 3. Kategorisierung antisemitischer Vorfälle und Beispiele

Ein wesentlicher Bestandteil der Erfassung, Analyse und Verbreitung antisemitismusbezogener Daten ist die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle. Seit zwei Jahrzehnten machen unterschiedliche EU-Institutionen die hierbei fehlende Vergleichbarkeit auf internationaler Ebene als wesentliches Problem im Kampf gegen Antisemitismus aus und streben folgerichtig eine Homogenisierung an.

Zu diesem Zweck veröffentlichte man Richtlinien zur Kategorisierung antisemitischer Vorfälle, welche ihrerseits maßgeblich vom diesbezüglich besonders erfahrenen CST geprägt waren.<sup>4</sup>

Bis zuletzt hatten nur die Antisemitismus-Beobachtungsstelle in Italien<sup>5</sup> (mit leichten Anpassungen), sowie die in Deutschland beheimatete RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) diese Empfehlungen übernommen und übersetzt; letztere setzt diese seit nunmehr acht Jahren in der Antisemitismuserarbeit ein. Die Antisemitismus-Meldestelle der IKG kooperiert hierbei insbesondere mit RIAS. Eine weitere Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit ist im Entstehen begriffen.

Neuerdings setzte auch die polnische CZULENT zum ersten Mal diese Kategorisierung in ihrem Ende April präsentierten [Jahresbericht 2022](#) ein.

Die Übernahme der Kategorien und Begriffsbezeichnungen gemäß EUMC-Richtlinie für die Antisemitismuserarbeit in Österreich im Jahr 2019 soll einen weiteren Schritt in den internationalen Bestrebungen im Kampf gegen Antisemitismus darstellen.

Im folgenden Abschnitt sollen die Kategorien erläutert und anhand einiger Beispiele aus dem vergangenen Jahr näher gebracht werden. Auf weitere Details zur Methodik der Arbeit der Antisemitismus-Meldestelle sowie den internationalen Kontext soll im entsprechenden Abschnitt (ab Seite 18) eingegangen werden.

#### 3. 1. Angriff

Unter diese Kategorie fällt jegliche Form des physischen Angriffs auf Menschen und Gebäude, mit oder ohne Waffen. Auch der erfolglose Versuch eines Angriffs (sei es, weil das Opfer sich zur Wehr setzte oder flüchten konnte) wird unter dieser Kategorie erfasst. Selbiges gilt für das Werfen von Gegenständen in Richtung von Personen, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen. (Die EUMC-Richtlinie, CST und RIAS kennen als Steigerungsform noch die Kategorie „Extreme Gewalt“. Wir betrachten die Differenzierung zwischen Letzterer und „Angriffen“ in Österreich als nicht zweckmäßig, siehe hierzu auch Abschnitt „Antisemitismuserarbeit auf internationaler Ebene“).

---

**November:** Ein durch seine Kippa als jüdisch erkennbarer Schüler wird in einer Wiener U-Bahn-Station im 2. Bezirk am Weg zur Schule von drei gleichaltrigen Tätern angegriffen. Nach einem Faustschlag auf den Hinterkopf lachen sie den benommen am Boden liegenden Jungen aus und filmen ihn dabei, ehe sie flüchten. Anzeige bei der Polizei wurde erstattet, diese forderte Videomaterial bei den Wiener Linien an.

---

<sup>4</sup> [EUMC - Manifestations of Antisemitism in the EU 2002 - 2003](#), S. 343

<sup>5</sup> [Antisemitismusbericht Italien 2022](#)

---

**Wien, über mehrere Monate hinweg, ab September:** Ein Schüler wird aufgrund seines, im Zuge eines Gesprächs bekannt gewordenen, jüdischen Hintergrunds zuerst von einer Lehrerin, in weiterer Folge von Mitschülern gemobbt, welche ihn antisemitisch beschimpfen und bedrohen. Er wird mehrmals verprügelt; drei Mal muss der Schüler im Krankenhaus behandelt werden, ein Mal erstattet der behandelnde Arzt Anzeige wegen Körperverletzung.

Die Schulleitung zeigt sich nicht kooperativ, gibt dem Betroffenen Mitschuld beziehungsweise gar Schuld an obigen Vorfällen. Der Schüler verlässt die Schule. Erst im Nachhinein wird Kontakt mit der Meldestelle aufgenommen, das Angebot der Unterstützung durch das psychosoziale Zentrum ESRA wird angenommen.

---

**Wien, Juni:** Ein jüdischer Jugendlicher wird in einem Freibad von einer Gruppe von Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren - welche über seinen jüdischen Hintergrund Bescheid wissen - zuerst angepöbelt, dann antisemitisch beschimpft. Ein ebenfalls jüdischer Freund des Jugendlichen geht dazwischen, die Gruppe zieht sich zurück. Beim Verlassen des Bades treffen die beiden und weitere - ebenfalls jüdische - Freunde auf die Jungen von vorhin, um die sich nun bereits jedoch etwa zwei Dutzend weitere Jugendliche gesammelt haben. Wieder erfolgen antisemitische Beschimpfungen, diesmal jedoch gefolgt von Schlägen, auch mit der Faust. Als sich Passanten nähern, laufen die Angreifer weg; auch die - zum Teil leicht verletzten - jüdischen Jungen rennen verängstigt davon. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wird Anzeige bei der Polizei erstattet.

### 3. 2. Bedrohung

Als Bedrohung wird definiert: konkret formulierte Androhung physischer Gewalt gegen jüdische beziehungsweise als jüdisch wahrgenommene Personen oder Einrichtungen; die Drohung ist zielgerichtet und kann in schriftlicher oder mündlicher Form erfolgen. Ebenfalls als Bedrohung kategorisiert werden Bombendrohungen gegen sowie Bombenattrappen bei jüdischen Einrichtungen.

---

**Wien, Oktober:** Zu Jom Kippur macht sich ein aufgrund seiner Kippa als jüdisch erkennbarer Mann nach dem Gebet auf den Heimweg. Auf der Rolltreppe einer U-Bahn-Station trifft er auf zwei junge Männer, die sogleich beginnen, sich über ihn lustig zu machen. Als er versucht, sich an ihnen vorbei zu zwängen, versperren sie ihm den Weg. Sie verspotten und beleidigen ihn augenscheinlich, der Betroffene kann sie jedoch nicht verstehen. Einer der beiden Männer hebt dann seinen Stiefel und kratzt lachend Dreck von seiner Schuhsohle auf den eingeschüchterten und verängstigten Betroffenen. Am Ende der Rolltreppe lassen ihn die Männer gehen und entfernen sich.

---

**Graz, St. Pölten, Wien, Juni:** Die IKG Wien erhält nebst mehreren anderen Empfängern eine dschihadistische Bombendrohung. In dem Schreiben, welches auch an Gerichte in Wien, Graz und St. Pölten versendet wird, sowie an die Schulabteilung der Stadt Wien, steht unter anderem geschrieben „Tod zu alle Juden und Infidel (Ungläubige, Anm.) in Austria!“ oder “sie werden alle sternben heute schweine cionistische !!!” (sic).

---

**Wien, Juli:** ein aufgrund seiner Kippa als jüdisch erkennbarer Autofahrer gerät im Rahmen eines Verkehrsstreits in eine verbale Auseinandersetzung mit einem anderen Autofahrer. Sein Kontrahent steigt aus dem Fahrzeug und beginnt sogleich mit einer antisemitischen Schimpftirade, an deren Ende er mit Schlägen droht und versucht, dem jüdischen Autofahrer seine Kopfbedeckung vom Kopf zu reißen mit den Worten „Ich steck' dir deine Kippa in den Arsch!“. Erst als der Bedrohte die Polizei ruft, macht sich der Aggressor davon.

---

**Wien, September:** Ein jüdischer Familienvater ist mit seinem Sohn und seiner Tochter nach dem Abendgebet auf dem Heimweg, als ihnen im 20. Wiener Gemeindebezirk fünf Jugendliche entgegenkommen.

Diese schreien sie zunächst mit „Free Palestine“ an. Dann bedroht einer der Jugendlichen den Sohn mit den Worten „Kommst du nochmal hierher, stech' ich dich ab!“. Es folgt eine Handgreiflichkeit zwischen dem Vater und den Jugendlichen. Durch den Lärm werden Anrainer auf die Situation aufmerksam und drohen damit, die Polizei herbeizurufen. Die Jugendlichen rennen davon.

Es stellt sich heraus, dass die Jugendlichen den Sohn bereits kannten, wussten, dass er jüdisch ist, ihn schon mehrmals bedroht, verfolgt und ein Mal sogar „gejagt“ hatten.

### 3. 3. Sachbeschädigung

Unter die Kategorie der Sachbeschädigung fallen nicht lebensbedrohliche Übergriffe auf ein Objekt. Als Sachbeschädigung gelten hierbei auch Beschmierungen, sowie das Anbringen von Stickers und Plakaten.

**Hinweis:** Im Unterschied zu CST und RIAS werden in dieser Kategorie nicht nur jene Sachbeschädigungen erfasst, welche sich gegen Objekte richten, die sich in jüdischem Besitz befinden, als solche wahrgenommen werden oder sonstwie mit dem Judentum, Israel oder der Shoah in Verbindung gebracht werden können, sondern auch jene, welche nicht diesen Kriterien entsprechen (z. B. Davidsterne und antisemitische Beschimpfungen auf Wahlplakaten).

---

**Wien, September und Oktober:** Im Zuge der Bundespräsidentenwahl werden mehrere Wahlplakate von Alexander Van der Bellen mit antisemitischen Motiven beschmiert.



---

**Mai:** In Wien Meidling wird ein [Werbeplakat der SPÖ](#) mit antisemitischem Motiv beschmiert.

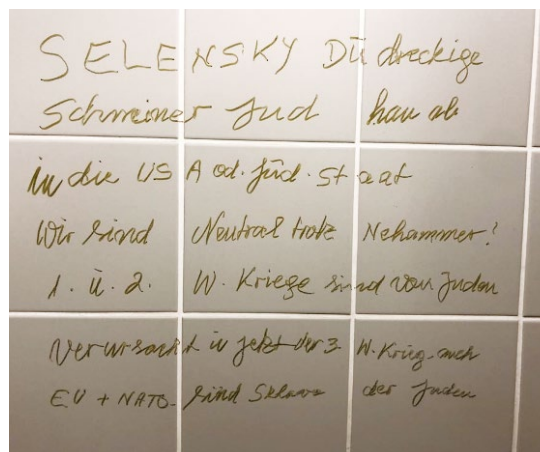


---

**Juli:** In Wien Margareten wird eine [Shoah-Gedenktafel](#) an mehreren Stellen schwer beschädigt.



**Mai:** An der Universität Wien wird eine WC-Wand mit einem antisemitischen Kommentar beschmiert.

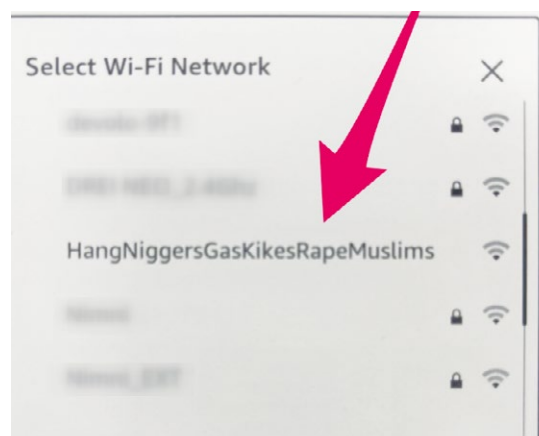


### 3. 4. Verletzendes Verhalten

In die Kategorie „Verletzendes Verhalten“ fallen antisemitische Beschimpfungen, Äußerungen, Kommentare und Botschaften; diese können verbal (von Angesicht zu Angesicht, telefonisch) oder schriftlich (Brief, E-Mail, Onlinemedien, andere elektronische Kommunikationskanäle) erfolgen und sind an eine spezifische Person oder Institution gerichtet.

**Hinweis:** Um eine Verzerrung der Statistik zu vermeiden, wird bei antisemitischen Postings im Onlinebereich die Gesamtheit aller Kommentare zu einem Beitrag (Nachrichten oder Social Media) zu einem einzelnen Vorfall zusammengefasst. In einigen Fällen enthält ein Diskussionsforum oder ein Social-Media-Thread mehrere Dutzend antisemitische Kommentare.

**Wien, Mai:** Auf einer Demonstration der sogenannten „Palästina Solidarität Österreich“ vergleicht deren Anführer Wilhelm Langthaler in einer Rede das Vorgehen Israels gegen Palästinenser und israelische Araber mit jenem des Dritten Reichs gegen Juden.



**Wien, November:** Über das Meldeformular wird ein Bildschirmfoto eingereicht, welches ein WLAN-Netzwerk mit rassistischem, antisemitischem und islamfeindlichem Namen zeigt.

**Wien, Januar:** Auf einem Protest gegen Pandemiemaßnahmen wird ein Plakat hochgehalten, auf dem Adolf Hitler zu sehen ist, mitsamt dem Slogan „Impfung macht frei“, einer Abwandlung der Aufschrift „Arbeit macht frei“, welche am Eingang mehrerer Vernichtungslager des Zweiten Weltkriegs prangte. Unter Hitlers Konterfei steht: „I’LL BE BACK“



**Wien, Mai:** Beim Fußballmatch des FK Austria Wien gegen den SK Rapid Wien schimpft ein Rapid-Anhänger mit Megafon nach dem Zusammenstoß zweier Spieler „Du dreckiger Scheißjude!“



Man sollte aus der Geschichte lernen.  
 Seit meinem 6. Lebensjahr betasse ich  
 mich mit der Judenverfolgung.  
 Heute bin ich 43 Jahre - Ungeimpft -  
 - und ich bleibe auch UNGEIMPFT!  
 - Leider kann ich nicht in Ever Museum  
 da ihr Menschen wie mich ausgrenzt.  
 -  
 - Ein Mitmensch  
 der schockiert zusieht  
 das sich die Geschichte  
 wiederholt!  
 18.01.2026

**Hohenems, Januar:** Im Gästebuch des Jüdischen Museums Hohenems findet sich ein Eintrag, in dem die Maßnahmen zum Gesundheitsschutz mit der Judenverfolgung im Dritten Reich verglichen werden.

**Von:**  
**Gesendet:** Donnerstag, 6. Oktober 2022 12:38  
**An:** Office (IKG) <[office@ikg-wien.at](mailto:office@ikg-wien.at)>  
**Betreff:**

Sie brauchen nicht auf einen OESTERREICHER und FPÖ Losgehen.  
 Ihr Posting samt Aussage zeigt von Ihren IQ.  
 Es gibt keinen besseren BP ALS Herrn Rosenkranz, wenn es Ihnen nicht passt in Österreich.  
 AB NACH ISRAEL  
 UNTERLASSEN SIE SOLCHE AUSSAGEN.

Gruß

**Wien, Oktober:** antisemitische Mail anlässlich der Bundespräsidentenwahl

**Armin Wolf** @ArminWolf · Aug 18, 2022  
 Zu Klarnamen im Internet: Seit Jahren verschickt ein angebl. Mehrfach-Akademiker unter vollem Namen derartige Massenmails an Bundespräsident, Regierung, Behörden u. Journalist:innen. Es ist mir ein Rätsel, warum der Mann nicht zigfach wg. Verhetzung u. Verleumdung verurteilt ist:

Auf Grund der massiven Misständen:  
 Stichwort Schattenjustiz, ich spreche auf  
 Grund der Fakten, dass die Interessen  
 und des IKG durch jüdische  
 Justizbedienstete Dr.  
 geschützt werden, von  
 einer Juden-Justiz, wurde die deutsche  
 Justiz angerufen. Es liegt der Nachweis  
 vor, dass hierzulande, Juden durch Juden  
 vor dem Strafrecht geschützt werden vor.  
 Diese Gemengelage und die Tatsache,  
 dass diese Personen sich selbst vor dem  
 Strafrecht schützen können, während sie  
 Personen welche zur Gefahr werden, mit  
 allen Mitteln verfolgen, macht deutlich,  
 dass wir in diesem Land ein  
 Krebsgeschwür haben.

86 49 642

### 3. 5. Massenzuschriften

Hierbei handelt es sich um schriftliche antisemitische Inhalte, die an mindestens zwei Adressatinnen bzw. Adressaten gerichtet sind, beziehungsweise generell auf einen breiten Empfängerkreis abzielen. Dazu gehören Publikationen (online wie offline, z.B. Zeitungen, Magazine, Blogs), an mehrere Empfänger und Empfängerinnen versandte Schreiben (Briefe, E-Mails), sowie die letzten beiden Medien zunehmend verdrängenden Social-Media-Plattformen.

**Wien, August:** ORF-Moderator Armin Wolf macht auf einen aktiven Verfasser von Schmähmails aufmerksam, welcher auch weiterhin unentwegt antisemitische Schreiben an unterschiedlichste Empfänger in Politik, Medien, Justiz und vor allem in der jüdischen Gemeinde versendet.





**Graz (links), Dezember:** Die sogenannte „Palästina Solidarität Österreich“ attackiert zum wiederholten Mal den damaligen Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Graz, bedient dabei zwei antisemitische Stereotype: jenes des illoyalen (beziehungsweise „israelloyalen“) Juden, sowie den Verschwörungsmythos des die Politik beeinflussenden Juden, dessen „Druck“ allein für Anti-BDS-Beschlüsse verantwortlich gewesen sei.



**Wien (rechts), November:** Eine palästinensische Aktivistin erklärt auf Instagram, wie die Parole „Free Palestine“ zu verstehen sei, nämlich als Ablehnung des Existenzrechts des Staates Israel, sowohl geografisch als auch demografisch („Befreiung [sic] vom fluss bis zum meer“, „rückkehrrecht für alle vertriebenen und geflüchteten“) sowie als Glorifizierung von Märtyrertum.

**Von:** [Redacted]  
**Gesendet:** Dienstag, 26. Juli 2022 09:15  
**An:** [kontakt@auschwitz.info](mailto:kontakt@auschwitz.info)  
**Cc:** Deutsch Oskar <[o.deutsch@ikg-wien.at](mailto:o.deutsch@ikg-wien.at)>; [karl.nehammer@oevp.at](mailto:karl.nehammer@oevp.at)  
**Betreff:** Treffen BK Nehammer, Viktor Orban

Sehr geehrter Herr Heubner !

Sie fordern Herrn Bundeskanzler Nehammer dazu auf, er möge die verbalen Entgleisungen des Herrn Orban bei seinem Treffen mit ihm besprechen.

Warum sollte das Herr Nehammer tun, ich glaube Sie müssen ihm keine Tips geben, was die beiden Herren zu besprechen haben, wenn Sie ein Problem haben, dann haben Sie ja die Gelegenheit und Möglichkeit das selbst direkt Herrn Orban mitzuteilen, aber **mischen Sie sich bitte nicht in die österreichische Innenpolitik ein.**

Ich kann das **Klagen und Jammern der Juden** nach fast 100 Jahren nicht mehr hören, nicht einmal mein Vater (Jahrgang 1943) hat mit diesem Thema mehr etwas am Hut gehabt und **ihr werdet in 500 Jahren immer noch die Armen und Verfolgten sein, dabei seid ihr Juden um keinen Deut besser, ihr habt den Palästinensern das Land gestohlen und ermordet bis heute deren Bevölkerung, also bitte nach fast 100 Jahren einmal damit aufzuhören, wie arm ihr gewesen seid, das kann niemand mehr hören !**

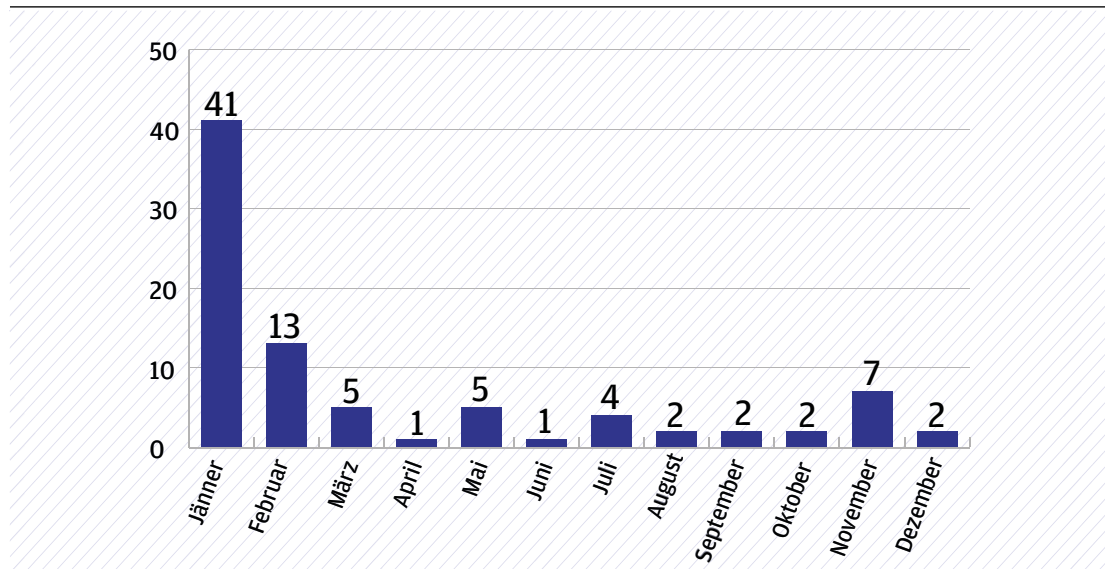
**Online, Juli:** antisemitische Mail an das Internationale Auschwitz-Komitee, IKG-Präsidenten Oskar Deutsch und Bundeskanzler Karl Nehammer.

## 4. Subkategorien

Abgesehen von den Hauptkategorien sammelt die Antisemitismus-Meldestelle auch darüber hinausreichende Daten. Nachstehende Analyse von Subkategorien erscheint hierbei besonders interessant und aufschlussreich.

### 4.1. Antisemitismus mit Coronabezug

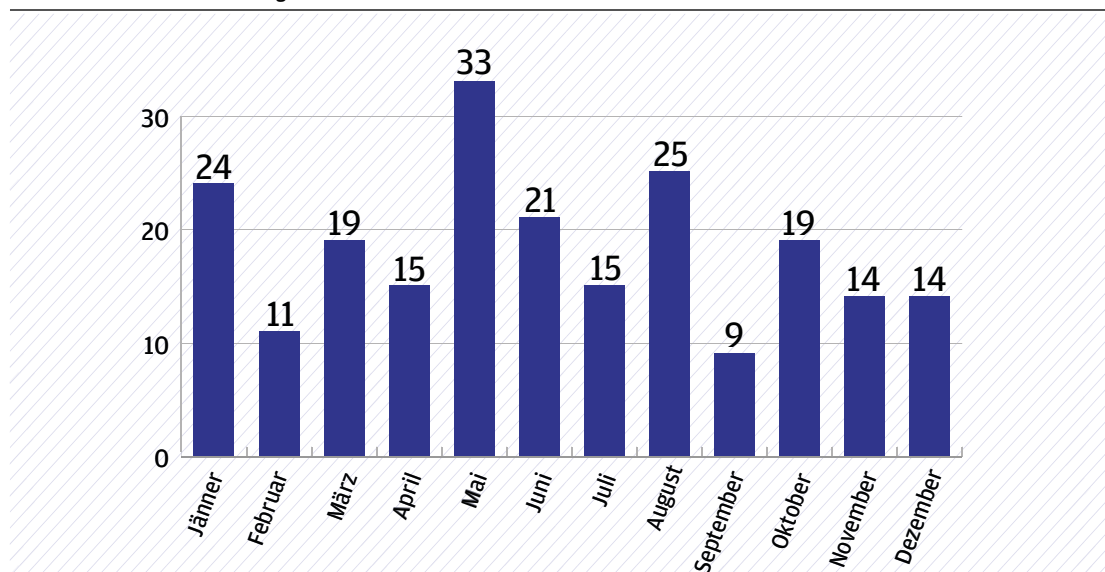
2022: 85 Fälle von Antisemitismus mit Coronabezug



Wie schon im Kommentarteil erwähnt, hat es in dieser im Jahr 2020 eingeführten Subkategorie einen sehr starken und ebenso erfreulichen Rückgang gegeben. Der Jänner bildete hier die Ausnahme und sorgte für beinahe die Hälfte der insgesamt 85 Vorfälle in dieser Subkategorie, was nicht einmal einem Drittel von 2021 entspricht (270).

### 4.2. Israelbezogener Antisemitismus

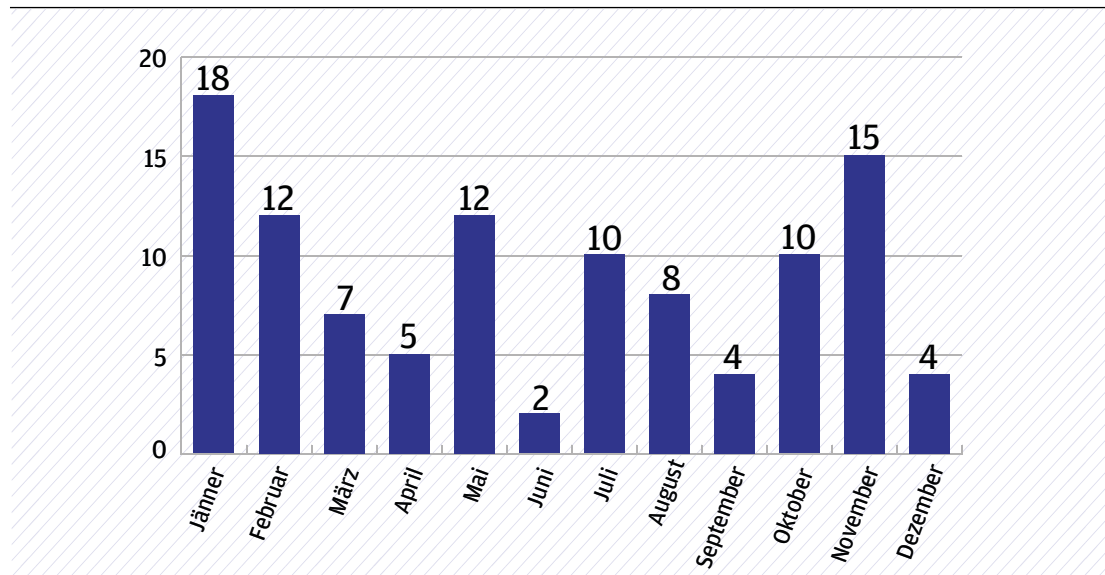
2022: 219 Fälle von israelbezogenem Antisemitismus



Obgleich es im Jahr 2022 keine weitreichendere Verschärfung im palästinensisch-israelischen Konflikt gab, führten punktuelle Eskalationen im Mai (Tod einer bekannten palästinensischen Journalistin im Rahmen einer israelischen Razzia) und August (viertägige [militärische Auseinandersetzung](#) zwischen der Terrororganisation „Palästinensischer Islamischer Jihad“ in Gaza und Israel) zu leichten Anstiegen gemeldeter Vorfälle - jedoch nicht vergleichbar mit der regelrechten Explosion an Fällen im Mai 2021, als es 74 Vorfälle zu verzeichnen gab. So blieb die Gesamtzahl mit 219 um knapp ein Viertel unter jener von 2021 (289 Vorfälle).

### 4. 3. Antisemitische Verschwörungsmythen

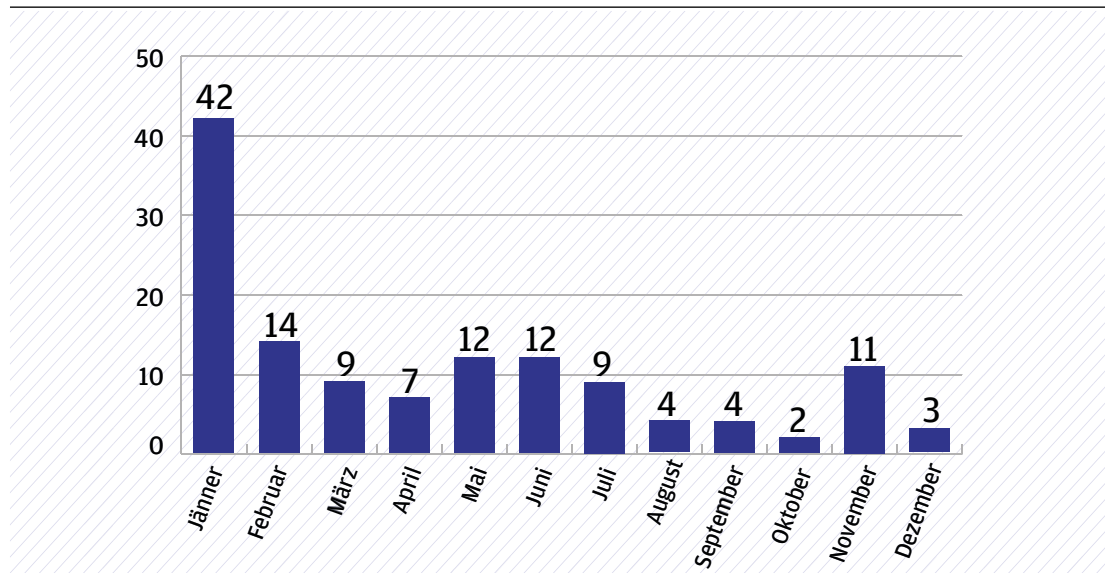
2022: 107 Fälle von Antisemitischen Verschwörungsmythen



Mit 107 Vorfällen gab es bei antisemitischen Verschwörungsmythen im Unterschied zu den anderen Subkategorien einen Anstieg zu verzeichnen, und zwar um knapp ein Drittel (2021: 81). Eine große Rolle spielten hier Schmähbriefe und -mails, entweder an Einzelpersonen adressiert (nicht nur, aber besonders aus der jüdischen Gemeinde, und hier vor allem an deren Präsidenten Oskar Deutsch) oder an einen größeren Empfängerkreis im - unter anderem - Politik-, Medien- und Justizbereich (siehe Abschnitt Beispiele).

### 4. 4. Shoah-Relativierung/-Leugnung

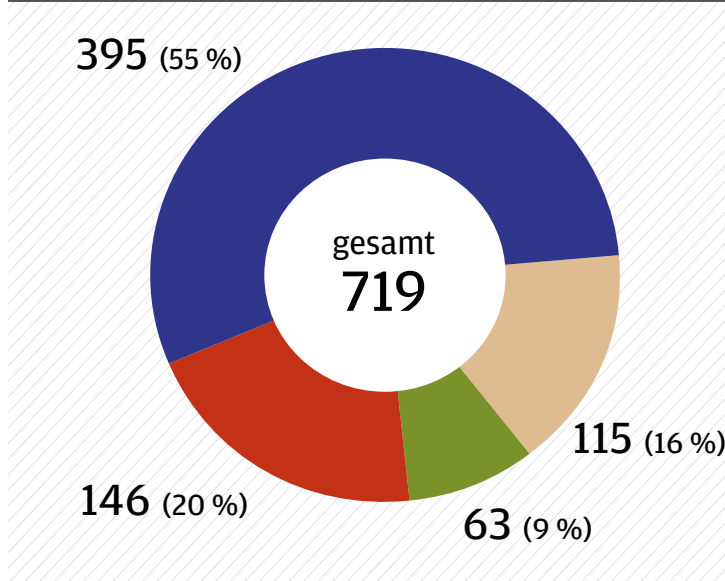
2022: 129 Fälle von Shoah-Relativierung/-Leugnung



Fälle von Shoah-Relativierung haben sich mit 129 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (2021: 324) mehr als halbiert. Auch hier ist ein großer Teil (rund ein Drittel) auf den noch vom Thema Corona geprägten Monat Jänner zurückzuführen.

## 4. 5. Ideologischer Hintergrund

### Antisemitische Vorfälle – ideologisch motiviert



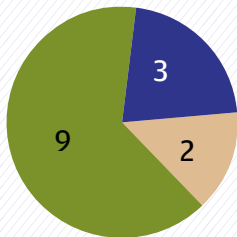
Unter „**Rechts**“ fallen all jene Vorfälle, welche der politischen beziehungsweise der gesellschaftspolitischen Rechten, dem Rechtsextremismus sowie dem (Neo-)Nazismus zugeordnet werden konnten.

Unter „**Links**“ fallen all jene Vorfälle, welche der politischen sowie der gesellschaftspolitischen Linken und dem Linksextremismus mit all seinen Spielformen (z. B. der antisemitischen BDS-Bewegung und dem Antiimperialismus) zugerechnet werden konnten.

„**Muslimisch**“ bezieht sich auf antisemitische Vorfälle, die von Personen oder Organisationen verursacht wurden, die weltanschaulich beziehungsweise religiös dem Islamismus zuzuordnen sind.

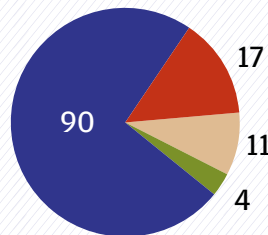
- Links
- Rechts
- Muslimisch
- Nicht zuordenbar

#### Angriffe



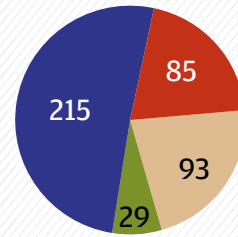
Auch 2022 hat der überwiegende Großteil der Täter einen muslimischen Hintergrund. Wie bereits im Kommentarteil angedeutet, kam es hier zu einer starken Häufung von Gewalt von Kindern und Jugendlichen gegen andere Kinder und Jugendliche. Drei Angreifer hatten einen rechten Background, während bei zwei Angriffen keine weltanschauliche Zuordenbarkeit möglich war.

#### Sachbeschädigungen



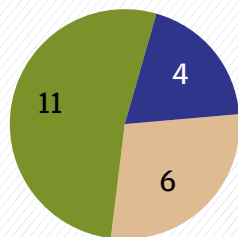
Knapp drei Viertel der gezielten Sachbeschädigungen gingen 2022 auf das Konto von Tätern von rechts, was einer drastischen Erhöhung im Vergleich zu 2021 entspricht, als deren Anteil etwas weniger als die Hälfte betrug. In 17 Fällen konnte ein linker Hintergrund festgestellt werden, bei elf Vorfällen ein muslimischer; nur in vier Fällen war eine Zuordenbarkeit nicht möglich.

#### Verletzendes Verhalten



Bei der zahlenmäßig größten Vorfalles-kategorie stellten die Fälle mit eindeutig rechtem ideologischen Hintergrund erstmals die absolute Mehrheit. Dies liegt teilweise auch an einer verbesserten Zuordenbarkeit, was sich im Vergleich zu den Vorjahren in einem stark reduzierten Anteil nicht zuordenbarer Fälle widerspiegelt (13% im Jahr 2022 gegenüber 22% im Jahr 2021).

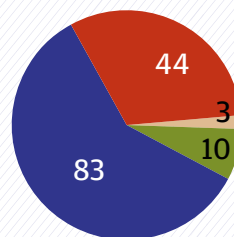
#### Bedrohungen



Auch bei Bedrohungen sorgen Täter mit muslimischem Hintergrund für die Mehrheit

der Vorfälle. In vier Fällen konnte ein rechter Hintergrund ausgemacht werden, bei sechs war eine Zuordnung nicht möglich. Ergänzend sollte hier erwähnt werden, dass mehrere Angriffe auch mit einer gleichzeitig ausgesprochenen Bedrohung und/oder Beschimpfung einhergingen. Um eine Doppelzählung zu vermeiden, wird in einem solchen Fall ausschließlich die „schwerwiegendere“ Vorfalles-kategorie berücksichtigt.

#### Massenzuschriften



Bei Massenzuschriften stellt der rechte ideologische Hintergrund mit knapp zwei Drittel auch weiterhin die Mehrheit der Fälle dar, allerdings weitaus weniger als 2021 (mehr als drei Viertel). Stark zugenommen hat hier der massenmedial verbreitete Antisemitismus im linken Spektrum, wohingegen der Anteil muslimischer Urheber sehr gering ist.



## 5. Methodik

Grundpfeiler unserer Arbeitsmethodik ist die IHRA-Arbeitsdefinition für Antisemitismus.

### 5. 1. Arbeitsdefinition Antisemitismus

Seit die 2005 von dem EUMC unter Mithilfe zahlreicher Experten, Expertinnen und Betroffener erstellte [Arbeitsdefinition für Antisemitismus](#) im Mai 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) übernommen wurde, findet diese eine stark zunehmende internationale Unterstützung auf unterschiedlichsten Ebenen. Darunter auch in Österreich, wo sich der Ministerrat (2017) sowie die Gemeinderäte in Wien (2018) und Graz (2019) per Beschluss zu dieser Arbeitsdefinition bekannten. Auf EU-Ebene forderte im Dezember 2018 der EU-Rat im Rahmen einer Erklärung die EU-Mitgliedsstaaten auf, die Definition ihrerseits zu übernehmen.<sup>6</sup> Dies, nachdem bereits im Januar 2017 EU-Kommissarin Vera Jourovà zur Unterstützung der Definition aufrief.

Obgleich rechtlich nicht bindend, ist eine derartige Definition ein unabdingbares Tool im Kampf gegen Antisemitismus. Dadurch soll jene immanent wichtige, seit jeher geforderte internationale Vergleichbarkeit erreicht werden, welche entsprechende Erkenntnisse und damit zusammenhängende, zielgerichtete Maßnahmen erst möglich macht; vor allem auf nationaler Ebene dient sie aber auch als wissenschaftlich untermauertes Arbeitswerkzeug: zuallererst für im Bereich Antisemitismus tätige Organisationen, aber potenziell auch für die Exekutive, welche naturgemäß oftmals als Anlaufstelle für von Antisemitismus Betroffene fungiert.

An dieser Stelle soll noch einmal festgehalten werden, dass bei weitem nicht jeder antisemitische Vorfall rechtliche Implikationen hat; ihre bestmögliche Erfassung ist jedoch notwendig, will man sich ein möglichst umfassendes Gesamtbild verschaffen, welches seinerseits fundierte Entscheidungen der relevanten Stakeholder ermöglichen soll, nicht zuletzt auch im Bereich der Antisemitismusprävention.

Alle uns gemeldeten Vorfälle werden mit dieser Definition abgeglichen, nicht alle erfüllen ihre Kriterien und finden somit keinen Eingang in die Statistik.

Hier die Definition im Wortlaut:<sup>7</sup>

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.

<sup>6</sup> Bekämpfung von Antisemitismus: Erklärung des Rates

<sup>7</sup> [IHRA](#)



Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.
- Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden.
- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Shoah).
- Der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, die Shoah zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Juden, Judentum, Israel oder Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

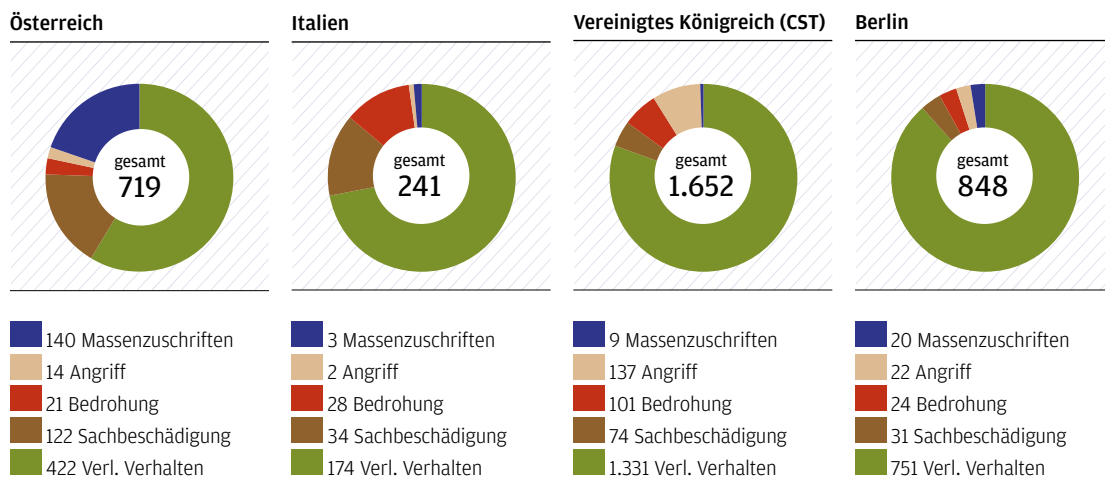
## 5. 2. Antisemitismusarbeit auf internationaler Ebene

Wie wir schon in unseren bisherigen [Berichten](#) hervorgehoben haben, sind wir uns der besonderen Bedeutung international akzeptierter Standards bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle bewusst. Seit spätestens 2004 ist den Stakeholdern diese Problematik bekannt, auch weiterhin hat sich hier jedoch nicht viel bewegt. So beklagt auch die [EU-Grundrechteagentur \(FRA\)](#) in ihrem jüngsten Antisemitismus-Update vom November 2021 die mangelhafte Qualität der Daten zu antisemitischen Vorfällen, sowie deren schwere Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene, da die Art der Datenerhebung und -kategorisierung von Land zu Land verschieden ist. Dies verhindere einen sinnvollen Vergleich und verstärke die Notwendigkeit von von der FRA durchgeführten Umfragen unter Jüdinnen und Juden in den EU-Mitgliedsländern.<sup>8</sup> Zuletzt erschienen die Ergebnisse einer solchen [Erhebung im Jahr 2019](#).

Ogleich wir derartige Befragungen als sinnvolles Instrument in einem Gesamtkonzept für den Kampf gegen Antisemitismus betrachten, sehen wir in ihnen nur eine Ergänzung zu einer nach allgemein anerkannten, wissenschaftlichen Kriterien und Abläufen folgenden Erfassung und Verarbeitung von antisemitischen Vorfällen. Nur aus einem solchen Prozess resultierende Daten können als Grundlage für evidenzbasierte Empfehlungen an politisch Verantwortliche dienen.

Die Antisemitismus-Meldestelle ist sich seit ihrer Gründung dieser langjährigen Problematik der fehlenden internationalen Vergleichbarkeit bewusst und hat daher nicht nur von Anfang an die IHRA-Arbeitsdefinition Antisemitismus übernommen, sondern auch die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle von zwei in diesem Bereich Vorbildfunktion habenden Organisationen, nämlich [RIAS](#) in Deutschland und Community Security Trust (CST) in Großbritannien.

## 5. 3. Blick ins Ausland



8 [https://fra.europa.eu/sitehttps://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/denmark-new-antisemitism-action-plan-increase-knowledge-about-holocaust\\_ens/default/files/fra\\_uploads/fra-2021-antisemitism-overview-2010-2020\\_en.pdf](https://fra.europa.eu/sitehttps://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/denmark-new-antisemitism-action-plan-increase-knowledge-about-holocaust_ens/default/files/fra_uploads/fra-2021-antisemitism-overview-2010-2020_en.pdf), Seite 92

## 6. Gastkommentare

### 6. 1. Bei Antisemitismus gilt: Wer rasch hilft, hilft doppelt



Prim. Dr. Benjamin Vyssoki und  
Dr. Susanne Schütt (ESRA\*)

Der neue Jahresbericht der Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien zeigt leider wieder eine sehr hohe Zahl von antisemitischen Vorfällen in Österreich. Vor allem für die Überlebenden der Shoah, für ihre Nachkommen der sogenannten zweiten und dritten Generation sowie für ihre Angehörigen, Freundinnen und Freunde können antisemitische Attacken in ihren unterschiedlichen Formen, von Beleidigungen bis hin zu physischen Übergriffen, besonders belastend sein und auch zu Retraumatisierung führen.

Die damals erlittenen Schwerst-Traumatisierungen betreffen nicht nur die Shoah-Überlebenden selbst, sondern auch ihre Kinder und Enkelkinder, obwohl diese die Traumata selbst nicht erlebt haben. Dies bezeichnet man als transgenerationale Traumatisierung. Vor allem die Kinder der Shoah-Überlebenden, die zweite Generation, entwickeln häufiger psychische Störungen bzw. haben zumindest ein erhöhtes Risiko, selbst psychisch krank zu werden. Gerade im Alter verstärken sich die Auswirkungen der Traumatisierungen und werden vor allem dann zur Belastung, wenn die Betroffenen unter Einsamkeit leiden – eine Realität, die sich leider durch die psychosozialen Folgen der Corona-Pandemie sowie des Ukraine-Krieges verschlimmert hat.

Deshalb ist rasche und niederschwellige professionelle psychosoziale Hilfe insbesondere bei antisemitischen Übergriffen so essentiell. Wichtig ist, dass die hilfeleistende Organisation einen geschützten Raum bietet mit einer hohen Sensibilität in Bezug auf Antisemitismus und zur jüdischen Gemeinde. Dies wird durch die enge – und in dieser Form bisher einzigartige – Kooperation zwischen der Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien und ESRA, das psychosoziale Zentrum und Partnerorganisation der IKG Wien ermöglicht. Seit bald dreißig Jahren bietet ESRA multiprofessionelle Beratung, Betreuung und Behandlung für in Wien lebende Menschen, vorwiegend der jüdischen Bevölkerung, mit psychischen oder körperlichen Problemen bzw. Erkrankungen und/oder mit Unterstützungsbedarf im sozialen Bereich, deren Angehörige und Menschen aus dem unmittelbaren Lebensumfeld, Überlebende der NS-Verfolgung, die in Österreich leben oder aus Österreich stammen sowie ihre Nachkommen und Angehörigen. Die Experten und Expertinnen, die die antisemitischen Vorfälle aufnehmen, werden durch das multiprofessionelle ESRA-Team geschult und bei Bedarf auch supervidiert. Die Betroffenen bekommen von ESRA die Hilfe, die sie benötigen, von einem Entlastungsgespräch über Beratung bis hin zu längerfristiger Begleitung und Behandlung. Wichtig ist auch besonders hier: „Wer rasch hilft, hilft doppelt“.

„Für Shoah-Überlebende und ihre Nachkommen können antisemitische Attacken auch zu Retraumatisierung führen.“

\* [ESRA](#) ist das psychosoziale Zentrum der IKG Wien.

## 6. 2. (Un)sichtbarer Antisemitismus

Erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts haben Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen begonnen, sich mit Fragen der Messung von Einstellungen zu beschäftigen, und entwickelten – wie der Wiener Soziologe Paul F. Lazarsfeld schrieb – ein soziologisches Instrumentarium als Kunst, „warum“ zu fragen. Lazarsfeld steht für so viele gerade aus Wien vertriebene Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen, deren Ausgrenzungs-, Verfolgungs- und Fluchterfahrungen die Sozialwissenschaften im Exil wesentlich prägten: Es waren Else Frenkel-Brunswik, Marie Jahoda oder Maria Hertz, die sich intensiv mit der Frage beschäftigten, wie man Antisemitismus als selten in aller Offenheit zur Schau getragenes Phänomen erkennen, erforschen und erfassen könne. Die Entwicklung indirekter Statements, zu denen die Zustimmung abgefragt wurden, waren Schlüsselmomente ihrer Tätigkeit.



Dr. Andreas Kranebitter,  
[Dokumentationsarchiv  
des österreichischen  
Widerstands \(DÖW\)](#)

Die Notwendigkeit indirekter Einstellungs-Messungen wurde nach 1945 in Österreich zum Um und Auf. Die amerikanischen Besatzungsbehörden gründeten nach der Befreiung im Information Services Branch eine Survey Section, die 1949 im Gallup-Institut aufging. Es war das erste soziologische Institut, das Einstellungen der Bevölkerung zu Nationalsozialismus und Antisemitismus erhob. Die Messung des offenen Antisemitismus zeitigte haarsträubende Ergebnisse: Die direkte Frage, ob die „jüdische Rasse minderwertiger ist als andere Rassen“, wurde noch im Mai 1948 in Wien von 10,1 %, in Linz von 11,2 % und in Salzburg von 18,8 % offen bejaht. Das reale antisemitische Potential war allerdings erheblich höher, denn die Österreicher und Österreicherinnen hatten bald gelernt, nicht mehr offen zu antworten, was sie dachten. Die Meinungsforscher und Meinungsforscherinnen formulierten: „Die Nazis sind in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgendetwas musste geschehen, um sie in Schranken zu halten.“ Dieser Aussage stimmten 1948 in Wien 44 %, in Salzburg und Linz gar 50 % der Befragten zu.

„Ein vollständiges Bild werden wir nur erhalten, wenn wir die vielen Dimensionen des Antisemitismus zu messen imstande sind.“

Die Erkenntnisse waren niederschmetternd. Die Sozialforscher und Sozialforscherinnen hatten allerdings zumindest gelernt, dass der latente Antisemitismus doch gemessen werden konnte. Indirekte Fragen, wie jüngst in der von der Parlamentsdirektion beauftragten Antisemitismusstudie verwendet, sind daher seit damals eine notwendige Ergänzung zu den gleichermaßen notwendigen Beobachtungen des manifesten Antisemitismus. Während sich die statistische Seite der Sozialforschung seit Anfang der Antisemitismusforschung allerdings verfeinert hat, ist die inhaltliche Tiefgründigkeit der Anfangsjahre zuweilen abhandengekommen. Wir müssen die Sozialforschung – gerade in Wien – meiner Meinung nach wieder mit der ursprünglichen Reichhaltigkeit, die Psychoanalyse, Kritische Theorie und logischer Empirismus bereitstellten, erfüllen.

Ein vollständiges Bild werden wir nur erhalten, wenn wir die vielen Dimensionen des Antisemitismus zu messen imstande sind. Angesichts gebündelter rechtsextremer Kräfte kann die Antwort auf sie nur in der Bündelung ihrer Messung bestehen. Daher braucht es einen Mix an Methoden und Konzepten: Meldestellen, direkte und indirekte „Items“ in Fragebögen, qualitative Tiefenforschung und die umfassende Dokumentation rechtsextremer Publizistik und antisemitischer Ideologeme in diversen Social-Media-Kanälen.





